

Mit Fremdenfeindlichkeit nach Europa - und zurück? Von Klaus J. Bade

Die AfD wird von Rechtsextremisten unterwandert. Rechtspopulisten wollen sie für ein EU-weites Bündnis zur Europawahl gewinnen – mit gefährlicher Sprengkraft.

Union und SPD haben sich auf einen Koalitionsvertrag geeinigt, aber sie haben dabei, so scheint es, die großen politisch-strategischen Fragen aus dem Blick verloren. Denn die Zukunft Deutschlands in Europa hängt nicht allein davon ab, ob es einen Mindestlohn, vorzeitige Renten, Frauenquoten oder gar eine Pkw-Maut gibt. Sie hängt mindestens genauso daran, ob die Parteien die zentralen Herausforderungen, vor denen das Land steht, wenigstens erkennen, und ob das Parteiengefüge und die damit verfügbaren Koalitions-Koordinaten in der derzeitigen Formation überlebensfähig sind.

Parteien spiegeln Positionierungen und Polarisierungen in einer Gesellschaft. Eine der wichtigen Fragen, an denen sich bis heute heftige Diskussionen entzünden, ist die der Einwanderung und Integration. In dieser Debatte stehen sich zwei Lager gegenüber: Auf der einen Seite die große, wachsende Zahl der Kulturoptimisten und Kulturpragmatiker. Sie verstehen die zunehmende kulturelle Vielfalt als Bereicherung, oder sie akzeptieren sie zumindest als Alltagsrealität.

Auf der anderen Seite operiert das schrumpfende, aber umso lauter agitierende Lager der Kulturpessimisten und Kulturpaniker. Sie betrachten Vielfalt als Bedrohung und ihre Akzeptanz oder sogar Förderung als kulturellen Hochverrat. Und für sie ist der von Union und SPD beschlossene ‚Doppelpass‘ für hier geborene Ausländerkinder ein weiterer Beweis für den angeblichen Niedergang der Nation, obgleich mit dieser Entscheidung keineswegs die generelle Akzeptanz der doppelten Staatsangehörigkeit verbunden ist.

Auf dieser Seite operieren, mit vielerlei Differenzen, auch die Euro- und Europaskeptiker. Die erstrebte Rückkehr zu nationaler Währung und zum Primat des Nationalstaats bedeutet für sie die Befreiung aus supranationaler Fremdbestimmung.

Hinter alledem stehen, nicht nur in Deutschland, Identitätsfragen der Mehrheitsbevölkerung, die schlicht vergessen worden ist auf dem Weg in die Einwanderungsgesellschaft. Die besteht nämlich nicht nur aus Migranten und deren Identitätsproblemen. Integrationspolitik kann deshalb nicht nur Migrantenpolitik sein. Sie muss Gesellschaftspolitik für alle sein. Sie muss auch die Mehrheit mitnehmen, in der sich viele als ‚Fremde im eigenen Land‘ fühlen. Sie führen das auf kulturelle ‚Überfremdung‘ in den eigenen Grenzen und auf

‚Europäisierung‘ von außen zurück.

Wenn das nicht eingefangen werden kann durch eine auf Teilhabe und Zusammenhalt zielende Gesellschaftspolitik für alle, dann könnte Deutschland in den Weg anderer europäischer Länder einbiegen mit einem starken Wachstum völkischer, von charismatischen Demagogen geführter Strömungen und Parteien. Denn Einwanderungs- und Integrationsfragen sind bewährte Angriffspunkte der Rechtspopulisten.

Anders als in Frankreich, Österreich oder den Niederlanden konnten diese Strömungen in Deutschland bislang im bestehenden Parteienspektrum aufgefangen werden. Das entspricht der politischen Losung von Franz Josef Strauß, dass es rechts neben der CSU keine Partei von Bedeutung geben dürfe.

Zugleich aber formieren sich auch in Deutschland kulturkämpferische, insbesondere ›islamkritische‹ Strömungen. Sie propagieren Positionen, die in anderen Ländern von offen fremden- und islamfeindlichen Parteien vertreten werden. Das ist mehr als bildungsbürgerliche Islamskepsis. Die Islamfeindschaft ist heute in Europa insgesamt das einigende Band aller rechtspopulistischen, rechtsradikalen und rechtsextremistischen Bewegungen.

Vielleicht brauchen sie auch in Deutschland nur noch ein Sammelbecken und einen charismatischen Führer, um gefährliche Sprengkraft zu entfalten. Das aber wäre nur eine scheinbare ›Normalisierung‹ des deutschen Wegs in Europa; denn sie stünde im langen Schatten einer düsteren Geschichte, die sich gerade in Minderheitenfragen deutlich von derjenigen anderer moderner Einwanderungsländer in Europa unterscheidet.

Das Problem sind dabei weniger radikal-nationalistische Kleinstparteien wie die NPD, die „Pro“-Bewegung oder die Republikaner. Die Gefahr kommt aus der Mitte der Gesellschaft, in der ein ‚sanfter‘ Populismus blüht. Er hat seine Heimat nun in der „Alternative für Deutschland“ gefunden, die durch die Große Koalition weiteren Auftrieb bekommen dürfte. Sie war zunächst eine Sammlungsbewegung für Euro- und Europegegner, wird nun aber zunehmend auch Kulturpaniker und Fremdenfeinde infiltriert.

Dass die ‚Alternative für Deutschland‘ steil aufstieg und bei der Bundestagswahl nur knapp die Fünf-Prozent-Latte riss, hat der CDU/CSU nach dem Scheitern der FDP eine schwierige Koalitionsfrage erspart. Ein Bündnis mit einer nicht nur euro-, sondern auch europakritischen Partei hätte schlecht ins Selbstbild der Union gepasst. Aber die nächste Chance steht für die AfD schon bevor; denn bei der im Mai kommenden Jahres anstehenden Wahl zum

Europäischen Parlament wird sie die in Brüssel nur bei drei Prozent liegende Latte zweifelsohne fulminant überspringen.

Das könnte eine ganz neue Entwicklung in Gang setzen. Noch ist die AfD keine zuwanderungs- oder gar fremdenfeindliche, islamophobe Partei. Aber sie wird zunehmend von rechtspopulistischen, rechtsextremistischen und insbesondere islamfeindlichen Kleinstparteien umgarnt. Sie versuchen, die AfD durch Mitgliederwechsel und den Weg über lokale Parteiverbände zu unterwandern.

Die intensiv werbende Rechte behauptet, sich bereits zu 90 Prozent in der Programmatik der AfD wiederzufinden. Es fehle ihr, so lassen Rechtsextremisten verlauten, nur noch eine gehörige Prise Islamfeindschaft als Bindemittel. Folgerichtig ermuntern Gruppierungen wie die rechtsextremistische „Die Freiheit“, die sich als Bundespartei aufgelöst hat, ihre Mitglieder zum kollektiven Übertritt. Das hatten die in Scharen bereits getan, bevor sich die AfD-Spitze dergleichen, vergeblich, verbat.

Noch widersteht die Führung der AfD, von eher taktisch zu wertenden neueren Zugeständnissen an die ‚Islamkritik‘ abgesehen, dieser Unterwanderung und der Versuchung, durch islamfeindliche Positionierungen ihre euro(pa)skeptische Basis zu verbreitern. Das könnte sich ändern, wenn Programmtreue und Machtsog vor oder nach den Europawahlen in Konkurrenz treten.

Der niederländische nationalistische Anti-Islam- und Anti-Europa-Agitator Geert Wilders bereitet ein rechtspopulistisches, islamfeindliches und kulturrassistisches Bündnis quer durch Europa vor. Es umschließt eine diffuse negative Koalition von Anti-Positionen. Wenn Wilders Erfolg hat - und vieles deutet darauf hin - dann wird es für die AfD schwer werden, sich zumindest in Brüssel diesem Sog zu entziehen. Denn ohne Einbindung in die von Wilders angestrebte Fraktion gleichgesinnter Parteien im Europaparlament würde sie dort sang- und klanglos untergehen.

Für Europa aber steht eine rechtspopulistische Wende von gefährlichen Dimensionen an. Umfrageergebnisse sagen für Frankreich bei den Europawahlen derzeit einen Sieg der rechtspopulistischen Le-Pen-Bewegung in einer Größenordnung von ca. 25 Prozent voraus, gefolgt von Konservativen und Sozialdemokraten. In Österreich könnte Straches FPÖ ebenfalls stärkste Kraft werden, genauso wie die Bewegung von Wilders in den Niederlanden. Und in Brüssel könnte nach derzeitigen Schätzungen ein rechtspopulistisches Bündnis ebenfalls ca. 20 Prozent erreichen.

Würde das so kommen, könnte das erhebliche Rückwirkungen auch auf die politische Landschaft in Deutschland haben. Die AfD könnte als Teil eines europaweiten antieuropäischen, rechtspopulistischen und islamfeindlichen

Bündnisses das deutsche Parteiengefüge in gefährliche Eigenschwingungen bringen. Der Traum des Franz Josef Strauß wäre dann endgültig ausgeträumt.